

Andere, Fremde, Feinde: Bedrohungskonstruktionen in der Demokratie

Anna Geis

1. Idealisiertes Selbstbild: Jenseits des „demokratischen Friedens“

Unter den besonderen Leistungsmerkmalen von Demokratie als Herrschaftsform wird neben der Sicherung der inneren Freiheit, des inneren Friedens und eines gewissen Wohlstandes sowie der relativen Responsivität und Lernfähigkeit des politischen Systems oft ein außenpolitisch wirksames Charakteristikum genannt: Demokratien führen keine Kriege gegeneinander (Schmidt 1998: 182-185). Diese statistisch belegbare Verhaltensauffälligkeit von Demokratien hat in den Internationalen Beziehungen seit den 1980er Jahren ein umfangreiches, von US-Forscher/innen dominiertes Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ (DF) hervorgebracht.¹ Als ideengeschichtliche Standardreferenz für dieses „liberale“ Forschungsprogramm wird regelmäßig Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) bemüht.² Erklärungen für die Friedlichkeit von Demokratien werden in diversen institutionalistischen, ökonomisch-rationalen und normativ-kulturellen Faktoren vermutet. Demnach wird jenseits von unmittelbarer Selbstverteidigung Krieg als Mittel der Politik von demokratischen Bürger/innen aus eigennützig-materiellen wie aus moralischen Gründen abgelehnt, im Laufe historischer Lernprozesse bilden sich so Präferenzen für friedliche Mittel der Konfliktlösung heraus. Demokratische Verfahren und Institutionen sorgen schließlich dafür, dass kriegsgeneigte Regierungen ihre Absichten nicht in die Tat umsetzen, da sie aus Furcht vor Abwahl auf die Gewaltaversion ihrer Wähler/innen Rücksicht nehmen müssen.

Soweit – zugegebenermaßen stark vereinfacht – die populäre Theorie. Idee wie Forschung zum „demokratischen Frieden“ sind offensichtlich einem westlich-liberalen Aufklärungsprojekt der Moderne verpflichtet. Vorausgesetzt werden müssen rationale Akteure („einfache“ Bürger/innen wie Eliten), die ein ausreichendes Maß an Vernunft, Selbstkontrolle und Lernfähigkeit besitzen, um Innen- wie Außenpolitik in einer zivilisierenden Perspektive zu betreiben: Rationale Kalkulation und stetes Ausgleichsbemühen, Achtung des Anderen und des Rechts begründen so zentrale Annahmen des DF-*mainstreams*. Implizit oder explizit spricht aus einer Reihe von Studien ein geschichtsphilosophisch anmutender Fortschrittsoptimismus (kritisch Rengger 2006: 131-134), der ein allzu positives (Selbst-)Bild der konsolidierten nordwestlichen Demokratien mit sich führt. Teils artikuliert sich hier wohl ein Glauben an die eigene politische wie moralische Überlegenheit des Westens (kritisch MacMillan 2004: 485), der ins-

1 Stellvertretend für viele siehe u. a. Risse-Kappen (1994), Russett/Oneal (2001), Hasenclever/Wagner (2004); als Überblicke mit weiteren Verweisen Geis/Wagner (2006), Müller/Wolff (2006) und Rosato (2003).

2 Allerdings häufig nicht gerade sorgfältig gelesen; zur ausführlichen Kritik an der Kant-Rezeption siehe jetzt Eberl (2007).

besondere seit Ende des Kalten Krieges auch den demokratischen außenpolitischen Handlungsimperativ „Verbreitet die Demokratie und ihr verbreitet den Frieden“ motiviert (vgl. Mansfield/Snyder 2005: 1-2). Der „demokratische Frieden“ ist so beileibe keine akademische Spielwiese von Philosophen und Politologen, sondern hat in einer verkürzten Fassung ausgesprochen wirkmächtig – und ideologieträchtig – die politische Praxis durchdrungen:³ globale Demokratieförderung als bester Friedensdienst (kritisch Spanger/Wolff 2007).

Trotz der außenpolitischen Instrumentalisierung der DF-Forschung ist offensichtlich, dass die These besonderer Friedensneigung von Demokratien modifiziert werden muss, da Demokratien zahlreich an Kriegen und Militäreinsätzen beteiligt waren und sind, d. h. sie führen Krieg gegen Nicht-Demokratien (Chojnacki 2006: 19-23). Wie diese Beobachtung mit dem berühmten Befund eines scheinbar stabilen „Separatfriedens“ der Demokratien in Einklang gebracht werden kann, gibt der einschlägigen liberalen Forschung nach wie vor Rätsel auf: Wie können Demokratien gleichermaßen so friedlich wie unfriedlich sein (Geis et al. 2006)?

Zur „Innenbeleuchtung“ der unfriedlichen Seite sollen im Folgenden einige zentrale, idealisierende Annahmen des *mainstreams* des IB-Forschungsprogramms konfrontiert werden mit Einsichten aus anderen sozialwissenschaftlichen Debatten über vielfältige Inklusions-/Exklusionsprozesse in spätmodernen demokratischen Gesellschaften. Dies ist deshalb aufschlussreich, weil militärische Gewaltanwendung in der Regel mit starken Bedrohungskonstruktionen einhergeht (vgl. Schlichte 2006: 121-123), mit negativ aufgeladenen Bildern eines (radikal) „Anderen“ (vgl. Wette 2004: 124). Solche Differenzkonstruktionen dienen in ihrem Extrem des Feindbildes der Legitimierung eigener Gewalt, aber prinzipiell ist jedes auch scheinbar „harmlosere“ „Othering“ Mittel zum Zweck der Konstruktion bzw. Stabilisierung eigener Identitätskonzeptionen (Connolly 1991; Reuter 2002: 143-149). Einige Motive aus den intensiven sozialwissenschaftlichen Debatten der letzten Jahrzehnte zu Identität/Differenz aufnehmend, betrachtet vorliegender Artikel mögliche Begünstigungsfaktoren von Bedrohungskonstruktionen in und durch zeitgenössische konsolidierte Demokratien. Daraus sollen Hinweise gewonnen werden, warum Demokratien nicht so friedlich sind, wie von optimistischen Vertretern der DF-Forschung erhofft (vgl. Czempiel 1996).⁴

Wie zunächst am Beispiel des US-amerikanischen „War on Terror“ zu pointieren ist, schlagen die politischen Konsequenzen einiger nach außen gerichteter Bedrohungskonstruktionen auf die heimische Demokratie zurück. Sie bedrohen letztlich die eigene Demokratie, indem im Namen der Sicherheit eine „Kultur der Angst“ erzeugt wird und Bürgerrechte eingeschränkt werden (2.). Konstruktionen von sehr negativen „Anderen“ sind kein Spezifikum einer religiös imprägnierten US-amerikanischen politischen Kultur, sondern – so die These hier – resultieren aus Mechanismen und Prozessen, die im Prinzip jeder zeitgenössischen pluralistischen demokratischen Gesellschaft innewohnen. Um dies zu plausibilisieren, werden Einsichten aus Staatstheorie (3.), Demokratietheorie (4.) und Soziologie der Moderne (5.) zusammengetragen, die in der Summe betrachtet eher zu Skepsis gegenüber dem Zivilisierungspotenzial der reifen Demokratien des Nordwestens führen (6.).

3 Entsprechende Zitate beispielsweise der ersten und zweiten George-W.-Bush-Regierungen sind Legion (finden sich aber auch schon zahlreich bei Präsident Clinton); als Schlüsseldokument siehe beispielsweise die *US-National Security Strategy* des Weißen Hauses von 2006.

4 Die DF-Forschung selbst bedient sich in ihrem konstruktivistischen Strang identitätsbasierter Ansätze (siehe u. a. Risse-Kapfen 1994; Kahl 1999; Williams 2001); ich möchte jedoch bewusst auf weitere sozialwissenschaftliche Debatten jenseits der IB zurückgreifen, um gleichsam die „micro-foundations of democratic peace“ besser fassen zu können.

2. Feindbilder und der US-„War on Terror“: Das Böse und die Bedrohung der Demokratie

In den Internationalen Beziehungen wird die Analyse von Bedrohungsstrukturen häufig am Beispiel der USA oder der NATO vorgenommen.⁵ Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit seinen klar verlaufenden ideologischen Frontstellungen wird nunmehr analysiert, ob und wie sich Außen- und Sicherheitspolitik an neuen Bedrohungen, an neuen Gegnern (im Innern wie im Äußeren) oder gar Feindbildern zu orientieren versucht, um ausreichend Legitimation für die Erhaltung der kostspieligen Hochrüstung und der Sicherheitsapparate der NATO-Staaten zu erzeugen, und um eine kollektive Identität im Sinne des im Ost-West-Konflikt scheinbar klar identifizierbaren „Westens“ neu konstruieren zu können.⁶ Es kann kaum verwundern, dass der von George W. Bush nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 auf unbegrenzte Zeit ausgerufenen „War on Terror“ diese Art Forschung in besonderem Maße beflügelt, finden sich hier doch alle kritischen Elemente vereint: starke Freund-/Feindbilder, Legitimationsschub für neuerliche Aufrüstung und anhaltendes militärisches Engagement, Konfrontation der NATO mit neuen Aufgaben.

Statt der „Friedensdividende“, die man unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges hoffnungsfroh einzustreichen gedachte in einer „Neuen Weltordnung“, gab es nunmehr die düstere Perspektive von Schrecken, Terror, Gewalt und Krieg, welche die zivilisierte Welt bedrohten (vgl. auch Schlichte, in diesem Band). Seit den Terroranschlägen von 2001 haben exponierte Vertreter der beiden Bush-Regierungen vier Bedrohungsbilder miteinander verknüpft: der „weltweite Terrorismus“, die „Achse des Bösen“, „Schurkenstaaten“ und schließlich – zu Beginn der zweiten Amtszeit und insgesamt weniger prominent – die „Tyranneien.“ Während die ersten drei *Labels* schließlich der Rechtfertigung der Kriege in Afghanistan und Irak dienten, wurde letzteres zunächst vor allem mit einer angeblichen zukünftigen „militärischen Option“ gegen Iran in Verbindung gebracht. Die markanteste Figur in der Feindbildkonstruktion der US-Regierungen bildet jedoch zweifellos „das Böse“ (Bernstein 2005). Mit dem „Bösen“ ist nicht zu verhandeln, im Angesicht des Bösen gibt es kein Zögern, kein Abwägen, sondern dieses muss vernichtet werden. Das Böse ist der absolute Feind, der dem von ihm Bedrohten jegliche Achtung und Anerkennung verweigert, der ihm die größten aller Anstrengungen abverlangt und der nur in einem entgrenzten Vernichtungskrieg „ausgerottet“ werden kann (Abdel-Nour 2004: 423; Bleiker/Leet 2006: 719; Sarette 2006: 519).⁷

5 Siehe z. B. Campbell (1992); für den Zusammenhang Feindbild und Identität im Ost-West-Konflikt siehe z. B. den Literaturbericht Weller (2001).

6 Die sozialwissenschaftliche Analyse der Konstruktion von Sicherheitsbedrohungen hat einen inzwischen blühenden Zweig neuer, sog. *Critical Security Studies* hervorgerufen, der bislang vor allem von europäischen Forscher/innen geprägt ist. Unter diesem vagen Label finden sich ganz unterschiedliche Verknüpfungen von Theoriesträngen, die sich gegen die traditionelle Analyse von Sicherheitspolitik mit interpretativen (diskursiven, genealogischen) Ansätzen abgrenzen, die die diskursive Erzeugung von „Bedrohung“, „Sicherheit“ und „Identität“ in den Blick nehmen sowie in ihrer eher „postmodernen“ Variante die Kontingenz von Repräsentationen der Gegnerschaft in öffentlichen Diskursen untersuchen. Stellvertretend siehe nur Buzan et al. (1998), Huysmans (1998), Williams (2003), zusammenfassend z. B. Stritzel (2006). Für Berichte über das europäische Forscherinnennetzwerk und seine emergierenden „Schulen“ (in Wales, Paris, Kopenhagen) siehe Bürger/Stritzel (2005). Die einflussreichste ist bislang die Kopenhagener Schule, die die sprechaktzentrierte Theorie der „Versicherlichung“ (*Securitization*) entwickelt hat (Buzan et al. 1998).

7 Dies verweist auf unterschiedliche Typen des „Feindes“. Zur Ausdifferenzierung von Feindkonzeptionen wird häufig auf die Schriften von Carl Schmitt zurückgegriffen (z. B. Schwab 1987; Ulmen 1987), wobei der „foe“ im Gegensatz zum (respektablen) „enemy“ der absolute Feind ist. Für eine Taxonomie des „Feindes“ siehe sehr in-

Das Böse in der „War on Terror“-Rhetorik ist eine Allianz aus nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren: transnational agierende „barbarische“ Terroristen im Verbund mit sie unterstützenden „Schurkenstaaten“. Die Terroristen stellten eine Bedrohung für die „Zivilisation“ dar und seien die Erben aller mörderischen Ideologien des 20. Jahrhunderts.⁸ Allerdings eignen sich nichtstaatliche Akteure kaum als militärische Feindbilder, da sie in der Regel keine klare Lokalisierung und mit wenigen Ausnahmen keine persönliche Identifizierung erlauben. Dies ist möglicherweise ein Grund, warum sie mit benennbaren „Schurkenstaaten“ verknüpft wurden, um dem Bedrohungsszenario⁹ mehr Greifbarkeit zu verleihen: „Denn die Zuschreibung staatlicher Verantwortung erlaubt die Anwendung traditionellen militärischen Denkens und klassischer Abschreckungsstrategien: Staaten sind konventionelle Gegner, ihre Interessen sind kalkulierbar und ihre Werte (Entscheidungscentren, Infrastruktur, Territorium) können direkt bedroht oder angegriffen werden“ (Daase 2007: 196). Die *National Security Strategy* von 2002 jedenfalls bezeichnet die staatlichen Feindbilder nicht nur eindeutig, sondern verkündet gleichzeitig das Recht der USA, unilateral und „prä-emptiv“ gegen diese „neuen“ Gefahren vorzugehen (White House 2002: 13-15). Der Irak-Krieg wurde dann bekanntlich vor allem mit dem angeblichen Massenvernichtungswaffen-Besitz des Regimes gerechtfertigt.

Die Feindbildkonstruktion war jedoch nicht nur im Hinblick auf das Außenverhalten der USA und ihres eigenmächtigen Umgangs mit dem Völkerrecht äußerst folgenreich (Brunnée/Toope 2004; Huysmans 2004), sondern legitimierte auch zahlreiche innerstaatlich wirksame Maßnahmen, die viele Kritiker als Bedrohung der Demokratie ansehen (z. B. Arato 2002). „Fighting Evil with the lesser Evil“, meinten dagegen wohlmeinendere Beobachter (Ignatieff 2004: 19; vgl. Elshtain 2003: 72-77, 88-98) – die rechtlich äußerst heiklen Maßnahmen seien vorübergehend im Namen der Bekämpfung des Bösen als *ultima ratio* zu dulden, aber gleichzeitig kritisch durch die Öffentlichkeit auf ihre Notwendigkeit hin zu beobachten. Um hier nur wenige Stichpunkte zu nennen, die die massive Einschränkung von Rechten betreffen: Patriot Act, Militärtribunale, das Lager von Guantanamo, Enttabuisierung von Folter (Scheuerman 2002; Barber 2004; Greenberg 2006). Im Namen der Sicherheit wurden die Rechte der Exekutive auf Kosten von Bürgerrechten und von demokratischen bzw. gerichtlichen Verfahren und Prinzipien gestärkt. Institutionell sichtbarstes Zeichen dieser zentral-exekutiven Ermächtigung war die Schaffung des *Homeland Security Departments*, der größten institutionellen Umstrukturierung der US-Exekutive seit dem Zweiten Weltkrieg. Rund 170 000 Mitarbeiter von Geheimdienst- und Sicherheitsagenturen wurden unter dem Dach eines einzigen Ministeriums organisatorisch zusammengefasst, um Informationen über „Sicherheitsbedro-

struktiv Wilke (2006). Auf eine erneute Explikation und Rekonstruktion der einschlägigen Schmittschen Gedanken muss in vorliegendem Artikel verzichtet werden, siehe aber anstelle vieler z. B. Hofmann (1965) und Meier (1994: Kap. 2).

8 Für Belege siehe Geis (2006: 145-147). Der Begriff des „Schurkenstaats“ wurde bereits von der Clinton-Regierung benutzt, um eine ganze Reihe von Staaten damit zu brandmarken, dann aber zugunsten des Begriffs „Problemstaat“ fallengelassen. Die Bush-Regierung nahm den Begriff im Hinblick auf Iran, Irak und Nordkorea wieder auf. Zu „Schurkenstaaten“ siehe Litwak (2000), Derrida (2003: 133-150), Müller (2006).

9 Die Rede von „Bedrohungen“ ist aus Sicht des Wahrnehmungssubjekts formuliert, verschleiert aber die Tatsache, dass es sich hier teils nicht wirklich um „Bedrohungen“ handelt, sondern um „Risiken“: „Bedrohungen liegen dann vor, wenn mit Gewissheit ein gegnerischer Akteur, eine feindliche Intention und ein militärisches Potenzial identifiziert werden, die nennenswerten Schaden anrichten können. Gemessen an diesen Kriterien hat die Bedrohung nach dem Ende des Kalten Krieges stark abgenommen. Denn die Gefahren, die heute wahrgenommen werden, sind anderer Art. (...) Es handelt sich deshalb (...) um Risiken. Risiken sind ungewisse zukünftige Schäden, deren Höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit durch gegenwärtiges Handeln beeinflusst werden können“ (Daase 2007: 198).

hungen“ aller Art zu sammeln und um die Sicherheitsmaßnahmen innerhalb und an den Grenzen der USA über alle Verwaltungsebenen hinweg effektiver koordinieren zu können.

Zwar ist während der zweiten Amtszeit Bushs die Kritik an der extrem teuren Sicherheitspolitik der Regierung auch in den USA immer lauter geworden – das völlige Scheitern der US-Politik im Irak verstärkt diese Kritik und verhalf den Demokraten zum Wahlsieg bei den Kongresswahlen im November 2006 –, jedoch sind bislang trotz einiger zurückgenommener Maßnahmen nicht nur zahlreiche Einschränkungen liberaler Rechte weiter in Kraft, sondern es wurde auch eine „Kultur der Angst“ und der Prävention geschürt. Eine solche Kultur ist aber unvereinbar mit einem demokratischen Selbstverständnis, behindert sie doch die Entfaltung bürgerschaftlicher Freiheiten und Aktivitäten: „(I)t is not terrorism but fear that is the enemy, and in the end, fear will not defeat fear. Fear’s empire leaves no room for democracy, while democracy refuses to make room for fear“ (Barber 2004: 50; vgl. Keane 2004: 167-209). Da Präsident Bush bis zuletzt behauptete, dass sich die USA nach den Terroranschlägen von 2001 im „Krieg“ befänden, sollte den Bürger/innen auch ein „permanenter Ausnahmezustand“ auferlegt werden: „Emergency has become its own purpose and justification“ (Arato 2002: 466). In der letzten Hälfte seiner zweiten Amtszeit wurde der Präsident unter dem Druck der Machtteilung mit den Demokraten im Kongress und der scharfen Kritik an den militärischen Engagements der USA zwar zunehmend gezwungen, sowohl die Kriegsrhetorik wie auch die Ermächtigung der Exekutive stellenweise zu mäßigen. Die US-Demokratie ist dennoch erheblich beschädigt worden (vgl. Sohnius 2007).

3. Staatstheorie: Bedrohungsstrukturen und die Behauptung staatlicher Souveränität

Die These dieses Beitrags lautet, dass die Anreize für starke Bedrohungsstrukturen im Prinzip in allen zeitgenössischen demokratischen Staaten angelegt sind – dass die rhetorischen wie materialen Auswüchse des US-„War on Terror“ ein zwar extremes Beispiel darstellen, dies jedoch von liberalen europäischen Beobachtern nicht in moralisch überlegener Pose als heute und in Zukunft in europäischen politischen Kulturen und Systemen für per se absolut undenkbar gehalten werden sollte.

Das Konzept der staatlichen Souveränität ist untrennbar mit Grenzziehungen und der Differenzierung zwischen Innen und Außen einer politischen Gemeinschaft verbunden (Walker 1993). Unterscheidet man eine konstitutive und eine funktionale Dimension von Souveränität, verstanden als „a set of institutionalized authority claims“ (Thomson 1994: 14-16), bezieht sich erstere auf den Herrschaftsanspruch innerhalb eines bestimmten politischen Raumes, die den Staat als Akteur in den internationalen Beziehungen konstituiert. Letztere meint die Herrschaftsansprüche, die der Staatsapparat in variablen Regulationsbeziehungen gegenüber der Gesellschaft geltend macht und beispielsweise die veränderbare Unterscheidung von öffentlicher/privater Sphäre beinhaltet. Wie Policy-Forschung und Staatstheorie der letzten Jahrzehnte betonen, ist diese innere Souveränität insofern unter Druck geraten, als immer mehr politische Entscheidungen in Verhandlungssystemen und Netzwerken zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren vorbereitet werden (Mayntz/Scharpf 1995; Willke 1992).

Diesem Wandel von Staatlichkeit kann sich eine an Behauptung ihrer Autonomie interessierte Exekutive am effektivsten im Bereich der Sicherheit widersetzen, da in dieser klassischen Domäne des Staates mit Geheimdiensten, Polizei und Militär Herrschaftsinstrumente zur Ver-

fügung stehen, die relativ zuverlässig dem unerwünschten Zugriff von Privaten entzogen sind. Setzt man voraus, dass politische Akteure aller Art ein Interesse an der Vergrößerung ihrer Autonomie haben, geht das Autonomiestreben demokratischer Exekutiven meist zu Lasten der demokratischen Ansprüche der Bürger/innen (Wolf 2000: 28-33, 62-71). Die Sorge für die Sicherheit der Bürger/innen ist hierbei der Legitimationsgrund, der noch am ehesten anerkannt wird, wenn es um die Stärkung staatlicher Kompetenzen geht (vgl. Morgan 2005: 97-104), sodass die klassische Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit tendenziell in Richtung Sicherheit aufgelöst wird (vgl. Glaeßner 2003). Was die sehr wichtige symbolische Seite von Politik angeht, erlaubt das Zurschaustellen des „starken Sicherheitsstaates“ demokratischen Regierungen, Macht, Aktivität, Kompetenz und Stärke zu inszenieren, während sich „der Staat“ in der alltäglichen, unspektakulären Politikproduktion innerhalb von diffusen Netzwerken kaum noch selbst darstellen kann. William Connolly (1991: 206) spricht in einem ähnlichen Kontext von „theatrical displays of punishment and revenge“:

„As obstacles to its efficacy multiply, the state increasingly sustains collective identity through theatrical displays of punishment and revenge against those elements that threaten to signify its inefficacy. It launches dramatized crusades against the internal other (low-level criminals, drug users, disloyalists, racial minorities, and the underclass), the external other (foreign enemies and terrorists), and the interior other (those strains of abnormality, subversion, and perversity that may reside with anyone).“

Die Stärkung des Sicherheitsstaates ist auf starke Bedrohungskonstruktionen angewiesen, um sich erfolgreich legitimieren zu können. Zumal auch das Wissen über Sicherheitsbedrohungen trotz der wachsenden Bedeutung von externer Politikberatung in diesem Bereich noch in vielerlei Hinsicht staatlicherseits organisiert und prozessiert wird (z. B. in Geheimdiensten, Polizei, Botschaften, Internationalen Organisationen; vgl. Hellmann 2007), bestehen so große Anreize für demokratische Exekutivinstanzen, Bedrohungsängste der Bevölkerung eher zu schüren als zu relativieren.¹⁰ Anhand der Immigrationsgesetzgebung in europäischen Staaten wie der EU insgesamt sowie anhand der nationalstaatlichen Sicherheitsgesetze nach den Terroranschlägen von 2001 ließe sich die Betonung diffuser Ängste vor „Anderen“ illustrieren (Bigo 2003).¹¹ Anders als in den Bedrohungsszenarien der USA, in denen sowohl nicht-staatliche Akteure (Terroristen, Immigranten) wie Staaten („Schurkenstaaten“) als Gefahrenquelle gesehen werden, dominieren in den EU-Staaten inzwischen eher individualisierende Konzeptionen von Bedrohungen: unerwünschte Migranten, Terroristen und das organisierte Verbrechen.

4. Demokratietheorie: Identitätspolitik, Legitimationsstiftung und die Mobilisierung von Konsens

Aus unterschiedlichen Debatten der Demokratietheorie und -forschung lassen sich vier verwandte Gründe anführen, warum in Demokratien Anreize für starke Konstruktionen eines

¹⁰ Solche empirischen Untersuchungen von Bedrohungssprechakten werden inzwischen häufiger im Rahmen der *Securitization*-Theorie durchgeführt, siehe Fußnote 6 für weitere Verweise.

¹¹ Für kritische Analysen der Sicherheitsgesetze bzw. der Ermächtigung der Exekutiven in der EU siehe z. B. Lepsius (2004), Huysmans (2006) und Lavenex/Wagner (2006).

„Anderen“ bestehen – was ausdrücklich nicht gleichbedeutend ist mit der Erzeugung von Feindbildern. „Andere“, die zur Versicherung der eigenen Identität konstruiert werden, können auch in Form respektierter Fremde auftreten, beispielsweise als geachtete Konkurrenten oder als Verbündete: „(O)therness, or ‚alterity‘, may be essential to the definition of identity, but that (...) need not take the form of outright, hostile, aggressive *enmity* in order to do its cultural work“ (Kennedy 1997: 345; Hervorhebung dort). Unter welchen Bedingungen aus „Anderssein“ extreme Bedrohungswahrnehmungen resultieren, die sich in ein Feindbild steigern, ist für soziale Großgruppen sozialwissenschaftlich bei weitem nicht geklärt, selbstredend aber eine entscheidende Frage für die Förderung friedlichen Zusammenlebens (Fiebig-von Hase 1997: 18-19, 24-31).

4.1 *Identitätspolitik, Gemeinschaftsstiftung und Grenzziehungen*

Die Konstruktion und Reproduktion einer politischen Gemeinschaft, die idealerweise durch die Vorstellung einer kollektiven Identität geeint wird und sich durch wechselseitiges Vertrauen und Solidarität stabilisiert, war nicht nur während der historischen Phase der Nationalstaatsbildung in Europa oder Amerika ein relevantes Problem (vgl. Anderson 1983; Hobsbawm 1990). Die imaginierte politische Identität einer Gemeinschaft reguliert nach wie vor verschiedene Formen der Inklusion/Exklusion, was beispielsweise in der Frage der Zuerkennung von Staatsbürgerschaftsrechten sehr deutlich wird. Wie auch „kritische“ Studien zeigen, welche die mit Identitätsrhetorik stets verbundene Ontologisierung- und Essentialisierungsgefahr aufweisen, stellt das Bemühen um die Konstruktion eines vorgestellten „Wir“ auch heute eine kontinuierliche Aufgabe demokratischer politischer Eliten dar (Campbell 1992; Mouffe 1996: 247; vgl. Auer 2002: 256).

Wird eine solche politische Gemeinschaft erfolgreich konstruiert, d. h. glaubt eine Mehrheit der Mitglieder an ihre Existenz, bietet diese den unhinterfragten kulturellen und moralischen Hintergrund für Reichweite wie Legitimation regulativer und distributiver Politik (z. B. Scharpf 1999: 16-22). Dies lässt sich an der Ambivalenz moderner Rechte illustrieren (Offe 2003: 324-331): In modernen Staaten wurden den Bürger/innen über die Zeit drei Typen von Rechten zuerkannt: Freiheitsrechte, demokratische Rechte und soziale Rechte (einige Staaten haben ihren Minderheiten auch einen vierten Typ spezieller Gruppenrechte gewährt): Die Zuerkennung solcher Rechte erzeugt bei den Inhabern solcher Rechte jedoch die Angst, dass andere Rechteinhaber diese missbrauchen und gegen sie wenden könnten. Um solche Ängste und Sorgen zu lindern, werden die moralischen Ressourcen bzw. Tugenden der Toleranz, des Vertrauens und der Solidarität benötigt, die sich scheinbar am ehesten vor dem Hintergrund eines geteilten Bewusstseins von einer Gemeinschaft, wie z. B. dem einer Nation zugehörig zu sein, entwickeln (vgl. Fuhse/Schaal 2005).

Heute, da die kulturelle Pluralisierung im Innern von Gesellschaften (Connolly 2005) und die zunehmende Entgrenzung von Politik als besondere Herausforderungen für Gemeinschaftsfiktionen thematisiert werden (vgl. Stetter in diesem Band), sind solche Bezugnahmen auf eine „Nation“ schwierig aufrecht zu erhalten. Dennoch – oder gerade deswegen umso mehr – sind demokratische Regierungen mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihren Bürger/innen irgendein „Wir“ vorstellbar zu machen, auf das „gemeinwohl“orientierte Politik einwirken soll (vgl. Young 2000: 81-120). Allerdings ist unklar, wer oder was eine solche kollektive

Identität bilden soll, da nicht bestritten werden kann, dass *alle* Kulturen gekennzeichnet sind durch eine „radical hybridity and polyvocality“ (Benhabib 2002: 25).¹²

Dass trotz radikalen Pluralismus und der Unabschließbarkeit von Konflikten in liberalen Demokratien vielfach die versöhnliche Orientierung an einem „Konsens“ einer „Gemeinschaft“ mit einer „Identität“ aufrecht erhalten wird, ist im Rahmen dekonstruktivistischer bzw. hegemonietheoretischer Demokratiekonzeptionen scharf kritisiert worden.¹³ Anstelle von Einheit, Konsens und „Versöhnung“ betonen solche Konzeptionen den Konfliktcharakter demokratischer Politik, verweisen auf Paradoxien, Kontingenz und Unentscheidbarkeit, die essentialistischen Vorstellungen von Politik den Boden entziehen müssen (Auer 2002: 254-255; Stäheli 1999: 144-145, 152-153; Flügel et al. 2004a: 9-13).

Dies lässt sich hier exemplarisch an den Schriften Chantal Mouffes erläutern. Mouffe wirft in der Begründung ihrer eigenen Konzeption einer „agonistic democracy“ (Mouffe 2000: 80-107) sowohl den vorherrschenden liberalen und deliberativen Demokratietheorien wie auch der praktischen Politik vor, quasi wesenseigene Paradoxien und Grenzziehungen innerhalb liberaler Demokratien zu verdecken. Gestützt auf Überlegungen von Carl Schmitt argumentiert sie, dass Liberalismus und Demokratie zwei unterschiedlichen Logiken gehorchten, die zu einer unauflösbaren Spannung innerhalb liberaler Demokratien (bei Schmitt dagegen zu einer Selbsterstörung der liberalen Demokratie) führten:¹⁴ Demokratie, verstanden als Identität von Herrschern und Beherrschten, beruhe auf einer Gleichheitskonzeption, die an die Identifizierung eines bestimmten „demos“, an die Partikularität einer Gemeinschaft, gebunden sei. Das Konzept der Volkssouveränität beinhalte notwendigerweise die Grenzziehung, wer zu diesem „demos“ gehört und wer nicht. Die Gleichheitskonzeption, die der Liberalismus verfolge, sei dagegen universalistisch angelegt, zielen auf die „Menschheit“ und schließe in seiner moralischen Rhetorik kein Individuum je aus (Mouffe 2000: 36-45).

Eine zweite Grenzziehung, die liberale und deliberative Demokratietheorien unsichtbar machen, liegt nach Mouffe in der zentralen Konsenskonzeption begründet: kein rationaler Konsens sei ohne Exklusion denkbar. Angesichts der in der ersten Grenzziehung implizierten Inklusion/Exklusion sei ein (temporärer) „Konsens“ in einer liberal-demokratischen Gesellschaft lediglich ein Ausdruck von Hegemonie und der Kristallisation von Machtbeziehungen (Mouffe 1996: 253-254; 2000: 45, 49). Daraus folgert Mouffe, dass liberale Konzeptionen von Poli-

12 Die Konstruktion moralischer Asymmetrien zwischen Zugehörigen und Nichtzugehörigen einer bestimmten Gruppe könnte, wie Seyla Benhabib vermutet, Folge „schlechter kultureller Narrative“ sein: „But who are ‚we‘? Isn't the ‚we‘ attempting this evaluation just as much a subject of cultural multiplicity, diversity, and rifts as the others whom the ‚we‘ is studying?“ (Benhabib 2002: 42).

13 Auf diese demokratietheoretische Diskussion kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Für die sehr unterschiedlichen Ansätze bzw. die allgemeinere Debatte über Differenz und Demokratie und die „Renaissance“ des Politischen siehe aber z. B. die Beiträge in Benhabib (1996), Flügel et al. (2004) sowie Nullmeier (2000: 175-188).

14 Mouffe unternimmt in ihrer eigenen Demokratiekonzeption den Versuch, Schmitt „links“ zu wenden. Sie teilt keineswegs seine Liberalismuskritik, sondern plädiert für eine radikaldemokratische „agonistische“ Demokratie, in der der Feind (Antagonist) zum Gegner (Agonist) umgewandelt würde (vgl. Stäheli 1999: 158-159). Inwiefern Poststrukturalismus und Demokratietheorie hier eine glückliche Verbindung eingehen, steht allerdings in Frage (Jörke 2004: 175-178). Benhabib (1996a: 7) ordnet das Modell agonistischer bzw. agonaler Demokratie demokratietheoretisch als ein viertes neben liberalen, republikanischen und deliberativen Modellen ein. Auch William Connolly mit seinem Konzept von „agonistic respect“ (1991: xxv-xxix; 2005: 123-126) wird als Vertreter einer „agonistic democracy“ aufgefasst. „Die Zentrierung auf die Offenheit von Identitätsbildungen, Ausgrenzungen, Grenzziehungen, Freund-Feind-Bestimmungen, Beziehungnahmen auf einen anderen unterscheidet agonale Demokratie von rationalistischen Konzepten, die der Vernunft eine nicht hintergehbare Autorität der Konfliktlösung zubilligen. (...) Naturalisierung, Essentialisierung und Totalisierung von Identitäten sind die Gegner agonaler Demokratie“ (Nullmeier 2000: 185-186).

tik das eigentlich Politische verdrängen würden: sie eskamotierten den fundamental antagonistischen Charakter von demokratischer Politik, in der eine Vielzahl von Identitätskonzeptionen miteinander im Widerstreit, im Kampf um Macht und Hegemonie, lägen. Aufgrund dessen seien auch die Institutionen der liberalen Demokratie nicht „neutral“, wie gerne suggeriert würde, sondern immer nur temporär verfestigter Ausdruck jeweiliger hegemonialer Kämpfe innerhalb der Gesellschaft (Mouffe 1996: 247-253; Laclau/Mouffe 1985; vgl. Jörke 2004: 166-167). Die fundamentalen Konflikte seien nicht in einem Konsens aufhebbar, weshalb es im Rahmen einer „agonistischen“ Demokratie auf Folgendes ankäme: „Despite what many liberals want us to believe, the specificity of democratic politics is not the overcoming of the we/they opposition but the different way in which it is established. What democracy requires is drawing the we/they distinction in a way which is compatible with the recognition of the pluralism which is constitutive of modern democracy“ (Mouffe 2005: 14).

Aus dem in diesem Abschnitt Gesagten folgt für die Frage der Bedrohungsstrukturen, dass starke Konstruktionen von „Anderen“ in Demokratien häufig das Ergebnis von Identitätspolitik sind – ein Versuch, eine vorgestellte kollektive Identität gegen eine unterstellte Differenz zu behaupten, da Identität nur gesichert werden kann, wenn sie zu einem Differenten in Beziehung gesetzt wird. Allerdings wohnt der Inklusions-/Exklusionslogik von Identität/Differenz die Verlockung inne, zur Festigung der eigenen Selbstgewissheit das Nicht-Ich abzuwerten und ihm ein pejorativ gemeintes „Anderssein“ zuzuschreiben (Connolly 1991: 40, 64; Campbell 1992: 78-79; Risse et al. 1999: 155).

Im Hinblick auf Innen- wie Außenpolitik scheinen die Wahrnehmungen anderer Staaten als z. B. freundlich gesonnene Fremde oder als bedrohliche „Andere“ zu einem erheblichen Teil das Resultat politischer Konstruktionen im Kontext der eigenen Identitätskonzeptionen zu sein (vgl. Neumann 1998; Mitzen 2006). Der Erfolg der europäischen Integration mag dies erläutern: Europäische Nationen, die sich über Jahrhunderte in zahllosen Kriegen miteinander befanden, „lernten“ allmählich (mit Hilfe Internationaler Organisationen), ihre früheren „Rivalen“ oder „Feinde“ mit ihren unterschiedlichen nationalen Identitäten als Freunde und Partner wahrzunehmen bzw. zu konstruieren. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach Ende des Kalten Krieges eine gemeinsame „europäische“ Identität in Abwesenheit bedrohlicher, naher „Anderer“ (wie einst der kommunistischen Gefahr) tatsächlich stabilisieren kann.¹⁵ Kritische Studien der Außenpolitikanalyse behaupten zumindest, dass Sicherheitspolitik einer politischen Gemeinschaft ermögliche, sich durch immer neue Bedrohungs- und Gefahrendiskurse selbst zu repräsentieren und zu bestätigen – ist eine Bedrohung, wie die Sowjetunion, verschwunden, würde schon bald eine andere gefunden (Campbell 1992). So betrachtet wäre Sicherheitspolitik eine paradoxe Angelegenheit: Die politische Identität ist in einer solchen Perspektive regelrecht angewiesen auf die Bedrohung durch andere, aber gleichzeitig zielt Sicherheitspolitik darauf ab, diese Bedrohungen auszuschalten (Huysmans 1998: 238-240, 248; vgl. Mitzen 2006: 359-365).

15 Alternativ wird in diesem Kontext auch die These vertreten, dass sich die heutige europäische Identität nicht gegen externe Andere, sondern gleichsam gegen das eigene historische „Andere“ der kriegerischen europäischen Nationen absetzt – also in Überwindung des eigenen zeitlich vergangenen „Selbsts“ ihre Stabilität findet (z. B. Risse et al. 1999: 155, 176).

4.2 Interne Legitimationsstiftung

Die Konstruktion negativ besetzter, unterlegener „Anderer“ könnte in jungen wie in konsolidierten Demokratien dazu dienen, interne Legitimität zu stiften. Diese Überlegung hat beispielsweise Claus Offe im Kontext der „melancholischen Diagnose“ von gleichzeitigem Triumph und Krise der Demokratie in den 1990er Jahren vorgebracht:

„Es ist nicht leicht, sich auf das Zusammentreffen von ‚objektivem‘ Triumph und ‚subjektiver‘ Malaise der westlichen Demokratie einen Reim zu machen. (...) Könnte es sein, daß die Vitalität der Demokratie und die Unterstützung, die sie bei der der Masse der Bürger findet, ganz entscheidend davon abhängt, wie sie ihre moralische, ökonomische und gegebenenfalls auch militärische Überlegenheit über einen nicht-demokratischen Gegner ausspielen kann? Dann wäre der Demokratie 1989 nicht nur ein Gegner, sondern auch ein moralisch-politischer Kreditgeber abhanden gekommen“ (Offe 1996a: 141).

Um dies zu erläutern, muss man mit der Frage beginnen, worin die spezifischen sozialen Funktionen demokratischer Herrschaftsorganisation bestehen, die – sofern sie erfüllt werden – die Demokratie als gegenüber allen anderen Regimeformen vorzugswürdig auszeichnen? Wie Offe argumentiert, könne sich die liberale Demokratie nicht allein durch ihre „richtige“ Verfahrensordnung bewähren, sondern müsse sich auch an ihren Ergebnissen prüfen lassen. Als solche Leistungen lassen sich mindestens vier materiale Gütekriterien identifizieren, die der Demokratie gemeinhin zugeschrieben werden, in der Empirie aber in unterschiedlichem Maße vorfindbar sind (Offe 2001: 436-437; Schmidt 1998: 182-197; Schmidt in diesem Band): Demokratien führen gegen andere Demokratien keine Kriege; Demokratien schützen den inneren Frieden, da sie die liberalen Freiheitsrechte als unantastbare institutionalisieren; Demokratien neigen zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit; der demokratische Prozess hat unter der Bedingung entgegenkommender Strukturen einen moralischen Bildungseffekt auf die Bürger/innen.

Insofern sich solche Leistungen in jungen Demokratien noch nicht oder in konsolidierten Demokratien nicht mehr im erwarteten Ausmaß einstellen, können die Demokratien in Legitimationsschwierigkeiten geraten. In solchen Fällen profitieren sie von der Existenz unterlegener „Anderer“ (vgl. Beck 1997: 79), denn zur Stabilisierung (neuer) demokratischer Regime scheinen zustimmungsfähige Selbstbeschreibungen in den drei temporalen Dimensionen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nötig zu sein (im Folgenden Offe 2003: 233-234): Hinsichtlich der Vergangenheit wird eine Kontrastierung des neuen Regimes mit einem schlechten alten Regime im kollektiven Bewusstsein der Gemeinschaft verankert. Bezüglich der Gegenwart wird die Gegnerschaft zu einer politischen Systemalternative – z. B. die der „Noch-nicht-Demokratien“ – hervorgehoben. In der dritten zeitlichen Dimension wird der Gegensatz zwischen Gegenwart und Zukunft thematisiert, indem eine reformorientierte Programmatik, eine Mission oder Vision, beschworen wird für das, was die Gemeinschaft in Zukunft erreichen soll. „Demokratien leben von der Plausibilität, mit der sie sich als Medium einer bessernden Einwirkung auf sich selbst darstellen können“ (Offe 2003: 234).

Nach Ende des Kalten Krieges sind jedoch sowohl in Bezug auf die Systemalternative als auch auf große Beschwörungsformeln die Differenzen weit weniger sichtbar geworden. So gesehen erzeugte der von den USA seit 2001 ausgerufene weltweite „War on Terror“ gegen das „Böse“, die „Schurken“ und die „Barbarei“ zumindest ideologisch wieder ein solches negatives „Anderes“. Dies ließe sich spekulativ deuten als Ausdruck eines Legitimationsbestrebens reifer Demokratien, die gegenwärtig kein großes Emanzipationsprojekt im Inneren mehr zu verfol-

gen in der Lage sind, durch Ablenkungsmissionen nach außen neue Einheit im Innern zu stiften: hier der Befreiung der Welt vom „Übel des Bösen“ (vgl. Fiala 2006).

4.3 *Mobilisierung von Konsens*

Folgt man Kants Friedensschrift, sollte es recht schwierig sein, die Zustimmung demokratischer Bürger zu Kriegen jenseits von Selbstverteidigung zu erhalten, da sie doch selbst die Lasten zu tragen hätten. Diese Überlegung bildet das Herzstück der Forschung zum „demokratischen Frieden“, die aus der Kant'schen Erwägung, dass die Bürger „sich sehr bedenken“ würden, „ein so schlimmes Spiel anzufangen“ (Kant 1795: 206), eine besondere Opfersensibilität demokratischer Bürger ableiten (z. B. Smith 2005; Schörnig 2007). Diese ist in den letzten Jahren durch soziologische Wandlungsprozesse, wie Individualisierung und gestiegenes Risikobewusstsein, noch befördert worden, so dass inzwischen von „postheroischen Gesellschaften“ des Westens die Rede ist, in denen der Tod eigener Soldaten im Kampf oder vermehrt auch der gegnerischer Zivilisten besonders empfindlich registriert wird (Luttwak 1995; Münkler 2002: 193, 238; Shaw 2005). Daraus folgt, dass eine demokratische Regierung, die – aus welchen eigeninteressierten oder moralischen Gründen auch immer – eine Militäraktion als das angemessene Mittel zur Lösung einer internationalen Krise betrachtet, den Gegner in stark negativen Kategorisierungen beschreiben muss, um die mehrheitliche Zustimmung ihrer Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Gewalt gegen den Gegner muss als gerechtfertigt gelten können, was am ehesten gegen „neue Hitler“, „Tyrannen“, „Böse“, „Gesetzlose“ usw. plausibel gemacht werden kann (Wette 2004; Müller 2006: 235-237, 240-241).

Aber nicht nur im Hinblick auf die Ausnahmesituation der Kriegsentscheidung werden Bedrohungsstrukturen genutzt, um Konsens zu mobilisieren. Auch innenpolitisch bestehen bekanntlich genügend Anreize, eine gesplante Gesellschaft in Krisenzeiten zu einen zu suchen, indem Aufmerksamkeit auf „verdächtig“ erscheinende „Andere“ abgelenkt und Schuld an Missständen bestimmten „Sündenböcken“ zugerechnet wird. Dieser Anreiz dürfte heute umso mehr gelten, als die zeitgenössischen Demokratien durch radikale Modernisierungsprozesse mit einer immer größeren Pluralität an „Rationalitäten“, an Lebensstilen und Weltanschauungen, konfrontiert sind, was die Erzielung von Konsens erheblich erschwert (vgl. Greven 2000: 102-107, 159-163). Wie Ulrich Beck einst zugespitzt formulierte (1993: 131-133; Hervorhebung dort):

„In allen bisherigen Demokratien gibt es zwei Arten von Autorität: die eine geht vom Volk aus, die andere geht vom *Feind* aus. (...) Da in allen Demokratien Konsens zu einer chronisch knappen Ressource geworden ist, kann man sagen, dass demokratische Staaten auf die nebedemokratische Zweitquelle – Feindbild –, aus der Zustimmung sprudelt, in besonderem Maße angewiesen sind. Feindbilder, innenpolitisch gewendet, bilden, enthalten, eröffnen Quellen außerdemokratischer, gegen-demokratischer, antidemokratischer Zustimmung. Ihre Pflege ermöglicht, *mit* Konsens *von* Konsens unabhängig zu werden. (...) Feindbilder (...) ermöglichen die Freisetzung *von* Demokratie mit dem Segen der Demokratie.“

Schließlich kommt es auch in konsolidierten Demokratien zur Bezeichnung innerer „Feinde“ – der Demokratie selbst oder bestimmter Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Dies wurde besonders deutlich in Zeiten des Ost-West-Konflikts, als die Angst vor kommunistischer „Infiltration“ zu einer entsprechenden Feinddesignierung im Inneren westlicher Staaten führte (Wilke 2006: 40-47). Die Frage der Grenzziehung zwischen Noch-Demokraten und Nicht-mehr-

Demokraten, d. h. der Umgang mit politischem Extremismus in einer liberalen Demokratie, stellt ganz generell ein entscheidendes Problem dar, nämlich wie mit potenziellen oder tatsächlichen Bedrohungen der Demokratie unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu verfahren ist.¹⁶

5. Gesellschaftstheorie: Entzivilisierungsprozesse und die Ambivalenz der Moderne

Wie eingangs gesagt wurde, ist der Theorie des „demokratischen Friedens“ ein geschichtsphilosophischer Zivilisierungsoptimismus eingeschrieben, der diese als Erbe der Aufklärungsideen ausweist. Aus Sicht kritischer Gesellschaftstheorien und der Soziologie muss dieser Glaube an relativ ungebrochene friedliche Modernisierung naiv – wenn nicht gar gefährlich – anmuten, da hier die tiefe Ambivalenz der Moderne, das Selbstzerstörungspotenzial der Moderne und die Dialektik der Aufklärung betont werden (Horkheimer/Adorno 1969; Bauman 1991; Miller/Soeffner 1996). Die Soziologie der Moderne bietet einige zwingende Gründe dafür an, warum westliche Demokratien nicht so friedlich sind, wie die DF-Theorie annimmt. Während letztere einen historischen moralischen Lernprozess der Menschheit unterstellt, was relativ zivilisierte Gesellschaften voraussetzt, die sich aus rationalen, vernünftigen Individuen konstituieren (Rawls 1999: 44-54), befasst sich erstere ja gerade mit der entgegen gesetzten Frage, warum der liberale „Traum von der gewaltfreien Moderne“ nicht in Erfüllung ging (Joas 2000: 49-66).

Auf die Frage, ob die Moderne gleichbedeutend sei mit Fortschritt, mit Barbarei oder mit beidem, haben Analysen der Moderne drei grundlegende Positionen formuliert (Miller/Soeffner 1996a: 13-17): Die erste, vertreten durch die Arbeiten von Norbert Elias und die klassische Modernisierungstheorie, nimmt an, dass Zivilisierung das Prinzip moderner Gesellschaften sei, die Barbarei ihr Gegenprinzip. Die zweite, beispielsweise von Horkheimer und Adorno oder Bauman vorgebrachte, These behauptet, dass Barbarei die Kehrseite der Moderne sei. Die dritte, etwa von Habermas eingeschlagene, Richtung betont die Fähigkeit zu Selbstkritik und Selbstdistanzierung der Moderne. So erfülle sich das Projekt der Moderne genau darin, sich des eigenen Potenzials an Barbarei bewusst zu werden und in einem Zivilisierungsprozess zu überwinden suchen. Die dritte Position ist auch für die Argumentation des vorliegenden Artikels – vor allem der Schlussbetrachtung – besonders interessant, da diese es erlaubt, ein reflexives Konzept von „Barbarei“ zu entwickeln, das die Barbarei nicht bei anderen sucht, sondern bei sich selbst (Offe 1996b).

Soziologische Studien weisen generell auf vielfältige Mechanismen der Inklusion und Exklusion hin, die modernen Gesellschaften zu eigen sind (z. B. Luhmann 1997: 618-634). Um gesellschaftliche „Ordnungen“ erzeugen zu können, werden permanent Kategorien von Menschen ausgesondert und als Problem oder gar Bedrohung für eine bestimmte Ordnung klassifiziert.¹⁷ Zygmunt Bauman (1991; 1996) argumentiert, dass die Aufgabe des *Ordinens*, des

16 Siehe hierzu in der Bundesrepublik Deutschland die jahrzehntelange, unabgeschlossene Debatte um die „wehrhafte Demokratie“ – die jüngst wieder im Zusammenhang eines NPD-Verbots aufflammte.

17 Solche modernen Exklusionsprozesse können bis hin zu dem extremen Fall der Tötung von bestimmten Gruppen von Menschen reichen, wie Zygmunt Bauman (1989) eindrücklich am Beispiel des Holocausts zeigte oder Michael Mann an „ethnischen Säuberungen“ und Völkermorden der Geschichte insgesamt (2005). Mann argumentiert, dass die meisten stabilen Demokratien ethnische Säuberungen begangen hätten, um den heute in ih-

Schaffens von Ordnung und des Ausschaltens von Chaos, Ambiguität und Ambivalenz, die wichtigste Aufgabe sei, welche die Moderne sich selbst gestellt habe und sie in ihrer heutigen Gestalt geradezu ausmache. Das offenkundige Problem liegt darin, dass soziale Ordnungen niemals „vollständig“ sind, weil es unterschiedliche und sich verändernde Konzeptionen von „Ordnung“ gibt ebenso wie wechselnde Hüter der Ordnung. Und schließlich ist die Unterscheidung, was (legitime) „Aufrechterhaltung der Ordnung“ und was (illegitime) Gewalt ist, stets umstritten (Bauman 1996: 40-41). Dadurch werden permanente Inklusions-/Exklusionsprozesse erzeugt, und anstelle von Klarheit und Eindeutigkeit sind Ambivalenz und Unsicherheit nahezu ubiquitär in modernen Gesellschaften.

Bestimmte Typen solcher Ausschließungen führen zur tendenziellen Entzivilisierung einer Gesellschaft. Lebenmüssen mit Ambivalenz enttäuscht das menschliche Streben nach Ordnung, Gewissheit und Sicherheit – das Leben in spätmodernen pluralistischen Gesellschaften macht es für die Einzelnen jedoch notwendig, mit Differenz und Ambiguität aller Art umgehen zu lernen. Die wachsende Präsenz und Sichtbarkeit „Anderer“, wahrgenommener „Fremde“, die Demonstration anderer Lebensstile, moralischer Einstellungen und politischer Überzeugungen – all dies erfordert ein gestiegenes Maß an Tugenden, über die bei weitem nicht alle Bürger/innen verfügen: Toleranz, Vertrauen und Solidarität mit Menschen, die als „anders“ empfunden werden. Die Unfähigkeit oder der Unwille Einzelner, sich diesen Herausforderungen zu stellen, kann zu Einstellungen, Handlungen oder Unterlassungen führen, die Gewalt gegen „Andere“ begünstigt oder gar fördert (Ladwig 2005: 74-78). Mit Claus Offe kann man solche Entzivilisierungstendenzen innerhalb der liberal-demokratischen Gesellschaften als „moderne Barbarei“ bezeichnen (1996b).

Diese Barbarei geht nicht von einem Angst einflößenden Fremden jenseits der Grenzen aus, sondern meint hier eine Methode des Fremdmachens anderer in der eigenen Gesellschaft, wie z. B. die Marginalisierung einer „neuen Unterschicht“ oder die Diskriminierung von Minderheiten. Dies geht einher mit einer Unempfindlichkeit gegenüber Normverletzungen und mit einer Gleichgültigkeit gegenüber den Ansprüchen anderer auf Anerkennung. „Barbarisch“ sind so nicht nur Handlungen, sondern auch Unterlassungen: Die moderne Barbarei besteht im langsamen Verlust moralischer Sensibilität und der allmählichen Aushöhlung nominell bestehender Normen einer Gesellschaft (Offe 1996b: 265, 273; Ladwig 2005: 69-78). Fatalerweise wird die Erosion moralischer Kompetenzen, wird die Entstehung moralischer Gleichgültigkeit in modernen Gesellschaften durch ihre eigenen Strukturprinzipien gefördert. Ihre Verwissenschaftlichung, Professionalisierung und Bürokratisierung erzeugen einen „sekundären Analphabetismus“ der Massen: Die Einzelnen fühlen sich zunehmend kognitiv und moralisch inkompetent; sie übernehmen seltener eigene Verantwortung, schieben diese eher auf andere Personen in der Hierarchie ab (Offe 1996b: 286-287; Bauman 1989: 48-53).

Die negativen Konsequenzen solcher Überlegungen für die Annahmen der Theorie des „demokratischen Friedens“ sind deutlich. Nicht nur bringen real existierende Bürger/innen offenbar weit weniger an moralischer Kompetenz und an Urteilskraft mit sich, als dies die DF-Theorie unterstellen muss, sondern die liberal-demokratischen Gesellschaften dürften aufgrund ihr eingeschriebener Strukturprinzipien in Zukunft eher zu einer Entzivilisierung tendieren als zu einer besonderen Friedensfähigkeit.¹⁸ Nun ließe sich im Hinblick auf das hier

nen vorherrschenden „essentially mono-ethnic citizen body“ hervorzubringen (2005: 4). Er deutet die Völker- und Massenmorde des 19. und 20. Jahrhunderts als Ausdruck einer Pervertierung liberaler oder sozialistischer Demokratieideale, da das ursprüngliche demokratische Ideal einer Regierung durch das Volk in vielen Fällen sich demokratisierender Staaten zu einer Verwechslung von *demos* und *ethnos* geführt habe.

18 Solche pessimistischen Vermutungen werden durch neuere Studien über die Leiden des Individuums an der ka-

verhandelte Thema der demokratispezifischen Anreize für Bedrohungskonstruktionen zu Recht einwenden, diese modernisierungskritischen Überlegungen gälten auch für nicht-demokratische Gesellschaften, sofern sie nur einigermaßen modern seien. Allerdings stellen sich die in diesem Abschnitt diskutierten Herausforderungen für demokratische (spät-)moderne Gesellschaften in verschärftem Maße, da die Offenheit und Durchlässigkeit liberal-demokratischer Gesellschaften Komplexität, Pluralität und Heterogenität potenzieren. Das Faktum des radikalen Pluralismus impliziert so nicht nur zahlreiche Inklusions-/Exklusionsprozesse, sondern vermehrt wiederum auch die im vorigen Kapitel erläuterten Anreize für demokratische Eliten, mit Hilfe von Bedrohungskonstruktionen eine fiktive Einheit und Identität ihrer Gesellschaft zu beschwören.

6. Schlussbetrachtung: Das prekäre Zivilisierungspotenzial

In vorliegendem Artikel ist eine Reihe von Gründen vorgebracht worden, warum Demokratien „immer noch“ zu starken Konstruktionen eines „Anderen“, bis hin zu Bedrohungsfiguren und Feindbildern neigen. Nun mag man sich fragen, was eigentlich genau kritikwürdig daran sein soll – ist es doch die erste Aufgabe des Staates (auch des demokratischen), Sicherheitsbedrohungen rechtzeitig zu erkennen und von seinen Bürger/innen abzuwenden? Dieser Beitrag handelte in Anlehnung an neuere konstruktivistische *Security Studies*¹⁹ von *Bedrohungskonstruktionen* und enthielt sich damit bewusst der nur empirisch zu beantwortenden Frage, ob und wann solche Konstruktionen in den einzelnen Fällen auf tatsächlich vorhandene Gefahren verweisen. Es ging hier darum, dem in der populären DF-Theorie verbreiteten positiven Selbstbild von westlichen Demokratien und ihrem überlegenen Zivilisierungspotenzial zum einen gegenläufige Diskurstendenzen des Sich-bedroht-Fühlens entgegen zu halten, sowie zum zweiten begünstigende Faktoren potenzieller Entzivilisierung konsolidierter Demokratien zu identifizieren.

Dies sollte keineswegs der Denunziation von Demokratie dienen. Allein der vorliegende Band dürfte zahlreiche Gründe versammeln, warum Demokratie zu Recht als die normativ vorzugswürdige Herrschaftsform gilt. Jedoch ist gleichzeitig eine Art melancholisches Syndrom in den konsolidierten Demokratien zu verzeichnen (vgl. Offe in diesem Band). So wird in der Demokratietheorie mit Unbehagen die mangelnde „democraticness“ der reifen Demokratien registriert (vgl. Buchstein/Jörke 2003), während in den Internationalen Beziehungen unterdessen der globale „War on Terror“ der Erforschung militanter, Demokratie selbst untergrabender Seiten der Demokratie neue Nahrung gab (siehe Abschnitt 2). In beiden akademischen Diskursen werden Bedrohungen der Demokratie gut sichtbar.

Es stellt sich in konstruktiver Hinsicht abschließend die Frage, welche normative Perspektive aus der vorangestellten Argumentation überhaupt zu gewinnen ist? Der selektive Durchgang durch staats- und demokratietheoretische sowie soziologische Debatten sollte zeigen, dass sich in spätmodernen demokratischen Gesellschaften vielfältige Inklusions-/Exklusionsprozesse *unvermeidlich* vollziehen, von denen einige die Konstruktion bedrohlicher „Anderer“ begünstigen und damit potenziell gewaltfördernd wirken. Die Behauptung des Sicherheitsstaa-

pitalistischen Modernisierungsdynamik noch genährt: Weder mit „entfremdeten“ noch mit „depressiven“ Bürger/innen dürfte der „demokratische Frieden“ eine gesicherte Zukunft haben. Zur Entfremdung siehe jüngst Jaeggi (2005), zum „erschöpften Selbst“ siehe Ehrenberg (2004).

19 Siehe zur Erläuterung Fußnote 6.

tes, die demokratische Politik der Identitätsversicherung, Legitimationsstiftung und Konsensmobilisierung sowie die Strukturprinzipien moderner, pluralistischer Gesellschaften enthalten aber lediglich *Anreize*, nicht unbedingt *Zwänge*, Bedrohungsbilder zu erzeugen. Alternativ können, wie im Zitat von David Kennedy (1997: 345) oben hervorgehoben, auch respektierte, freundliche Formen eines „Anderen“ den Zweck der Identitätspolitik erfüllen. Die zentrale Frage, welche Typen von Inklusions-/Exklusionsmechanismen unter welchen Kontextbedingungen tatsächlich in Bedrohungs- und Feindbilder umschlagen, kann im vorliegenden Artikel nicht beantwortet werden, ist jedoch offensichtlich eine entscheidende Frage für empirische Studien.

Daher kann am Schluss nur eine bescheiden anmutende normative Perspektive stehen: Die Kapazitäten zur Selbstkritik und Selbstdistanzierung, über welche die westlichen Demokratien verfügen, müssen gestärkt werden, um sich den kontingenten Charakter von Identitäts-/Differenzkonstruktionen vor Augen zu halten und die ihnen innewohnenden Verlockungen der Degradierung bestimmter „Anderer“ zu reflektieren. Damit verbunden wäre die Bereitschaft, Entzivilisierungstendenzen im eigenen Inneren nicht lediglich dem ungunstigen Einfluss „Anderer“ zuzuschreiben, sondern im „Wir“ zu lokalisieren. Diese Perspektive knüpft somit an die dritte Position an, die oben in der Barbarei/Moderne-Debatte (Abschnitt 5) benannt wurde: „Eine Gesellschaft, die das Barbarische in sich wittert und zu identifizieren versucht, ist bereits auf dem Weg einer fortschreitenden Zivilisierung“ (Miller/Soeffner 1996a: 18). Der tendenzielle „Verschleiß an Zivilität“ in westlichen Demokratien kann nur aufgehalten werden, wenn er im „modernisierungsskeptischen Bewusstsein der Beteiligten vergegenwärtigt“ wird (Offe 1996b: 286-287).

Im Gegensatz dazu führt die gegenwärtige Überbetonung des „Sicherheitsstaates“, das Vordringen von Prävention und Überwachung, die Erzeugung einer Kultur der Angst und des Misstrauens sicherlich nicht zur Ausbildung eines solchen Bewusstseins. Geben einflussreiche Sprecher/innen im öffentlichen Diskurs aus instrumentellen Gründen der Versuchung nach, „Andere“ undifferenziert in Kategorien bedrohlicher „Fremder“, „Feinde“ oder gar Erscheinungen des „Bösen“ zu repräsentieren, werden Angst und Misstrauen in der Bürgerschaft noch gefördert, anstatt deren Berechtigung möglichst rational öffentlich zu erörtern. Dies gilt für die Innen- wie für die Außenpolitik. Politische „Lösungen“ können heute nicht in der Zuflucht zu einfachen Wahlmöglichkeiten, wie der zwischen „Gut“ und „Böse“, gesucht werden, sondern müssen auf Komplexität, Pluralismus und Ambivalenz reagieren: „The expansion of security questions after the Cold War articulates a multiplication of enemies, dangers, threats“, was die fundamentale Frage aufwirft, „how to mediate our relations to uncertainties, paradoxes and ambivalence in a peaceful way“ (Huysmans 1998: 243, 248).

Die Antworten auf diese Frage sind gewiss nicht einfach zu finden, der Rekurs auf starke Feindbilder mit all ihren Schließungen des demokratischen Diskurses dürfte jedoch nicht weiterhelfen (Bernstein 2005: 68-94). Es ist zweifellos legitim und sogar existenziell notwendig, Bedrohungen und Gefahren öffentlich zu benennen, um alle potenziell Betroffenen auf sie hinzuweisen und sie ihnen plausibel zu machen – im Hinblick auf die Stärkung oder Schwächung des Zivilisierungspotenzials westlicher Demokratien hängt vieles jedoch davon ab, welche „Rahmung“ und welches „Narrativ“ zur Beschreibung der vermuteten Gefahren gewählt werden (vgl. Campbell 1992; Schlichte 2006: 121-123).

Nimmt man die vielfältigen „melancholisch“ stimmenden Befunde über den Zustand westlicher Demokratien ernst und betrachtet man die Anreize für Bedrohungskonstruktionen als politik- und strukturinherent, ist allerdings einzuräumen, dass diese normative Perspektive

von Voraussetzungen zehrt, die eher unwahrscheinlicher denn wahrscheinlicher werden: ein bestimmtes Maß an Rationalität, an moralischen Kompetenzen und an Urteilskraft müsste tatsächlich allen unterstellt werden können, um dem Zivilisierungspotenzial der Demokratie nicht das Mikrofundament zu entziehen. Skepsis ist angebracht, dass ein solches Fundament ohne Erzeugung neuer Widersprüche und Paradoxien zuverlässig garantiert werden könnte. Nicht nur der „demokratische Frieden“ wäre jedoch darauf angewiesen.

Literatur

- Abdel-Nour, Farid* 2004: An International Ethics of Evil?, in: *International Relations* 18, S. 425-439.
- Anderson, Benedict* 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Arato, Andrew* 2002: The Bush Tribunals and the Specter of Dictatorship, in: *Constellations* 9, S. 457-476.
- Auer, Dirk* 2002: Die Konflikttheorie der Hegemonie, in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, Opladen, S. 249-266.
- Barber, Benjamin* 2004: *Fear's Empire: War, Terrorism, and Democracy*, London.
- Bauman, Zygmunt* 1989: *Modernity and the Holocaust*, Ithaca.
- Bauman, Zygmunt* 1991: *Modernity and Ambivalence*, Ithaca.
- Bauman, Zygmunt* 1996: Gewalt – modern und postmodern, in: Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt a. M., S. 36-67.
- Beck, Ulrich* 1993: *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich* 1997: The Sociological Anatomy of Enemy Images, in: Fiebig-von Hase, Ragnhild/Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): *Enemy Images in American History*, Oxford, S. 65-87.
- Benhabib, Seyla* (Hrsg.) 1996: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton.
- Benhabib, Seyla* 1996a: The Democratic Moment and the Problem of Difference, in: Benhabib, Seyla (Hrsg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, S. 3-18.
- Benhabib, Seyla* 2002: *The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era*, Princeton.
- Bernstein, Richard J.* 2005: *The Abuse of Evil. The Corruption of Politics and Religion since 9/11*, Cambridge.
- Bigo, Didier* 2003: Consequences of September 11th on the Immigration and Foreign Policies in Europe, Ms., in <http://64.207.171.242/PDFs/Bigo.pdf> [3.12.2004].
- Bleiker, Roland/Leet, Martin* 2006: From the Sublime to the Subliminal: Fear, Awe and Wonder in International Politics, in: *Millennium* 34, S. 713-738.
- Brunnée, Jutta/Toope, Stephen J.* 2004: Slouching Towards New „Just Wars“: The Hegemon After September 11th, in: *International Relations* 18, S. 405-423.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk* 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan* 31, S. 470-495.
- Büger, Christian/Sritzel, Holger* 2005: New European Security Theory. Zur Emergenz eines neuen europäischen Forschungsprogramms, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12, S. 437-445.
- Buzan, Barry/Waever, Ole/De Wilde, Jaap* 1998: *Security. A New Framework of Analysis*, Boulder, London.
- Campbell, David* 1992: *Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity*, Minneapolis.
- Chojnacki, Sven* 2006: Democratic Wars and Military Interventions, 1946-2002, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*. Houndmills, S. 13-37.
- Connolly, William E.* 1991: *Identity/Difference. Democratic Negotiations of Political Paradox*, Ithaca [zitiert nach erweiterter Ausgabe, 2002, Minneapolis].
- Connolly, William E.* 2005: *Pluralism*, Durham/London.

- Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3, S. 79-101.
- Daase, Christopher 2007: Wissen, Nichtwissen und die Grenzen der Politikberatung, in: Hellmann, Gunther (Hrsg.): Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik, Baden-Baden, S. 189-212.
- Derrida, Jacques 2003: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt a. M.
- Eberl, Oliver 2007: Kants Friedensschrift in den politischen Wissenschaften, Dissertationsschrift, Bremen.
- Ehrenberg, Alain 2004: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt a. M./New York.
- Elshtain, Jean Bethke 2003: Just War Against Terror. The Burden of American Power in a Violent World, New York.
- Fiala, Andrew 2006: Crusades and Just Wars in the Unipolar World. Papier für die Tagung „The Concept of War“, Vancouver, 6.-10.9.2006.
- Fiebig-von Hase, Ragnhild 1997: Introduction, in: Fiebig-von Hase, Ragnhild/Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): Enemy Images in American History, Oxford, S. 1-40.
- Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.) 2004: Die Rückkehr des Politischen, Darmstadt.
- Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas 2004a: Die Rückkehr des Politischen, in: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen, Darmstadt, S. 7-17.
- Fuhse, Jan A./Schaal, Gary S. 2005: Politische Institutionen und die Generalisierung von Vertrauen, in: Geis, Anna/Strecker, David (Hrsg.): Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt a. M./New York, S. 54-66.
- Geis, Anna 2006: Spotting the „Enemy“? Democracies and the Challenge of the „Other“, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills, S. 142-169.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang 2006: Vom „demokratischen Frieden“ zur demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 47, S. 276-289.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.) 2006: Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills.
- Glaeßner, Gert-Joachim 2003: Sicherheit in Freiheit. Die Schutzfunktion des demokratischen Staates und die Freiheit der Bürger, Opladen.
- Greenberg, Karen J. (Hrsg.) 2006: The Torture Debate in America, Cambridge.
- Greven, Michael Th. 2000: Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft, Opladen.
- Hasenclever, Andreas/Wagner, Wolfgang (Hrsg.) 2004: The Dynamics of the Democratic Peace. Schwerpunkttheft der *International Politics*, 41, 4.
- Hellmann, Gunther (Hrsg.) 2007: Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik, Baden-Baden.
- Hobsbawm, Eric J. 1990: Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality. Cambridge.
- Hofmann, Hasso 1965: Feindschaft. Grundbegriff des Politischen?, in: Zeitschrift für Politik 12, S. 17-39.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. 1969: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M.
- Huysmans, Jef 1998: Security! What Do You Mean? From Concept to Thick Signifier, in: *European Journal of International Relations* 4, S. 226-255.
- Huysmans, Jef 2004: International Politics of Exception. Papier für die 5. Pan-European Conference der ECPR-Standing Group on International Relations, Den Haag, 9.-11. September 2004.
- Huysmans, Jef 2006: The Politics of Insecurity. Fear, Migration and Asylum in the EU. London.
- Ignatieff, Michael 2004: The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror, Edinburgh.
- Jaeggi, Rahel 2005: Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems, Frankfurt a. M./New York.
- Joas, Hans 2000: Kriege und Werte. Studien der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Weilerswist.
- Jörke, Dirk 2004: Die Agonalität des Demokratischen. Chantal Mouffe, in: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen, Darmstadt, S. 159-179.

- Kahl, Colin H.* 1999: Constructing a Separate Peace: Constructivism, Collective Liberal Identity, and Democratic Peace, in: *Security Studies* 8, S. 94-144.
- Kant, Immanuel* 1795: Zum ewigen Frieden. Zitiert nach Werkausgabe Bd. XI, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a. M., 1977, S. 194-251.
- Keane, John* 2004: *Violence and Democracy*, Cambridge.
- Kennedy, David* 1997: Culture Wars. The Sources and Uses of Enmity in American History, in: Fiebig-von Hase, Ragnhild/Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): *Enemy Images in American History*, Oxford, S. 339-356.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal* 1985: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London.
- Ladwig, Bernd* 2005: Barbarische Gleichgültigkeit? Über die katastrophale Unfähigkeit, in Grenzsituationen politisch zu handeln, in: Geis, Anna/Strecker, David (Hrsg.): *Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe*, Frankfurt a. M./New York, S. 67-80.
- Lavenex, Sandra/Wagner, Wolfgang* 2006: Which European Public Order? Sources of Imbalance in the European Area of Freedom, Security and Justice. Papier für die UACES Annual Conference, Limerick, 31.8.-2.9.2006.
- Lepsius, Oliver* 2004: Freiheit, Sicherheit und Terror: Die Rechtslage in Deutschland, in: *Leviathan* 32, S. 64-88.
- Litwak, Robert S.* 2000: *Rogue States and U.S. Foreign Policy*, Baltimore.
- Luhmann, Niklas* 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Bd. 2, Frankfurt a. M.
- Luttwak, Edward N.* 1995: Post-Heroic Warfare, in: *Foreign Affairs* 74, S. 109-22.
- MacMillan, John* 2004: Whose Democracy; Which Peace? Contextualizing the Democratic Peace, in: *International Politics* 41, S. 472-493.
- Mann, Michael* 2005: *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack* 2005: *Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War*, Cambridge.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.* (Hrsg.) 1995: *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt a. M./New York.
- Meier, Heinrich* (1994): *Die Lehre Carl Schmitts*, Stuttgart, Weimar.
- Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg* (Hrsg.) 1996: *Modernität und Barbarei*, Frankfurt a. M.
- Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg* 1996a: *Modernität und Barbarei. Eine Einleitung*, in: Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt a. M., S. 12-27.
- Mitzen, Jennifer* 2006: *Ontological Security in World Politics: State Identity and the Security Dilemma*, in: *European Journal of International Relations* 12, S. 341-370.
- Morgan, Glyn* 2005: *The Idea of a European Superstate. Public Justification and European Integration*, Princeton.
- Mouffe, Chantal* 1996: *Democracy, Power and „the Political“*, in: Benhabib, Seyla (Hrsg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, S. 245-256.
- Mouffe, Chantal* 2000: *The Democratic Paradox*, London.
- Mouffe, Chantal* 2005: *On the Political*, London/New York.
- Müller, Harald* 2006: Kants Schurkenstaat: Der „ungerechte Feind“ und die Selbstermächtigung zum Kriege, in: Geis, Anna (Hrsg.): *Den Krieg überdenken*, Baden-Baden, S. 203-228.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas* 2006: Many Data, Little Explanation, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Houndmills, S. 41-73.
- Münkler, Herfried* 2002: *Die neuen Kriege*, Reinbek.
- Neumann, Iver* 1998: *Uses of the Other: The „East“ in European Identity Formation*, Manchester.
- Nullmeier, Frank* 2000: *Politische Theorie des Sozialstaats*, Frankfurt a. M./New York.
- Offe, Claus* 1996a: *Bewährungsproben – Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie am Wendepunkt*, Berlin, S. 141-157.
- Offe, Claus* 1996b: *Moderne „Barbarei“*, in: Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt a. M., S. 258-289.

- Offe, Claus* 2001: Staat, Demokratie und Krieg, in: Joas, Hans (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt a. M., S. 418-446.
- Offe, Claus* 2003: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Frankfurt a. M./New York.
- Rawls, John* 1999: The Law of Peoples, Cambridge, London.
- Rengger, Nicholas* 2006: On Democratic War Theory, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills, S. 123-141.
- Reuter, Julia* 2002: Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden, Bielefeld.
- Risse, Thomas/Engelmann-Martin, Daniela/Knopf, Hans-Joachim/Roscher, Klaus* 1999: To Euro or not to Euro? The EMU and Identity Politics in the European Union, in: European Journal of International Relations 5, S. 147-187.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Gert Krell/Harald Müller (Hrsg.): Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Frankfurt a. M./New York, S. 159-189.
- Rosato, Sebastian* 2003: The Flawed Logic of the Democratic Peace Theory, in: American Political Science Review 97, S. 585-602.
- Russett, Bruce/Oneal, John* 2001: Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York.
- Sarette, Paul* 2006: You dissin' me? Humiliation and post 9/11 global politics, in: Review of International Studies 32, S. 495-522.
- Scharpf, Fritz W.* 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt a. M./New York.
- Scheuerman, William E.* 2002: Rethinking Crisis Government, in: Constellations 9, S. 492-505.
- Schlichte, Klaus* 2006: Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft, in: Geis, Anna (Hrsg.): Den Krieg überdenken, Baden-Baden, S. 111-132.
- Schmidt, Manfred G.* 1998: Das politische Leistungsprofil der Demokratien, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen, S. 181-199.
- Schörring, Niklas* 2007: Die US-Politik gegenüber der amerikanischen Rüstungsindustrie in den 1990er Jahren aus Sicht des Neoliberalismus, Neorealismus und Konstruktivismus, Baden-Baden.
- Schwab, George* 1987: Enemy or Foe: A Conflict of Modern Politics, in: Telos 72, S. 194-201.
- Shaw, Martin* 2005: The New Western Way of War, London.
- Smith, Hugh* 2005: What Costs Will Democracies Bear? A Review of Popular Theories of Casualty Aversion, in: Armed Forces and Society 31, S. 487-512.
- Sohnius, Stephanie* 2007: Demokratie auf dem Rückzug? Zur Konfrontation zwischen amerikanischem Präsidenten und Kongress über einen Truppenrückzug im Irak, HSFK-Standpunkte 5/2007, Frankfurt a. M.
- Spanger, Achim/Wolff, Jonas* 2007: Universales Ziel – partikulare Wege? Externe Demokratieförderung zwischen einheitlicher Rhetorik und vielfältiger Praxis, in: Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Schattenseiten des demokratischen Friedens, Frankfurt a. M./New York, S. 261-284.
- Stäheli, Urs* 1999: Die politische Theorie der Hegemonie, in: Brodacz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart, Opladen, S. 143-166.
- Stritzel, Holger* 2006: Locating Agency in the Social Construction of Threats. Papier für die 3-Länder-Tagung der ÖGPW-SVPW-DVPW, Wien, 20.11.-2.12.2006.
- Thomson, Janice E.* 1994: Mercenaries, Pirates, and Sovereigns. State-Building and Extraterritorial Violence in Early Modern Europe, Princeton.
- Ulmen, Gary L.* 1987: Return of the Foe, in: Telos 72, S. 187-193.
- Walker, Rob* 1993: Inside/Outside: International Relations as Political Theory, Cambridge.
- Weller, Christoph* 2001: Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung, InIIS-Arbeitspapier Nr. 22/01, Universität Bremen.
- Wette, Wolfram* 2004: Saddam Hussein als Wiedergänger Hitlers? in: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlötter, Peter (Hrsg.): Demokratien im Krieg. Baden-Baden, S. 109-126.

- White House 2002: The National Security Strategy of the United States, September 17, 2002, Washington, D.C.
- Wilke, Christiane* 2006: Law's Enemies: Enemy Concepts in US Supreme Court Decisions. Papier für die Tagung „The Concept of War“, Vancouver, 6.-10.9.2006.
- Williams, Michael C.* 2001: The Discipline of Democratic Peace: Kant, Liberalism, and the Social Construction of Security Communities, in: *European Journal of International Relations* 7, S. 525-53.
- Williams, Michael C.* 2003: Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics, in: *International Studies Quarterly* 47, S. 511-531.
- Willke, Helmut* 1992: *Ironie des Staates*, Frankfurt a. M.
- Wolf, Klaus Dieter* 2000: *Die Neue Staatsräson*, Baden-Baden.
- Young, Iris Marion* 2000: *Inclusion and Democracy*, Oxford.